



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

135 (26.3.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190589](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190589)

Mannheimer General-Anzeiger

Verleger: Dr. Fritz Holtenbaum, Verlagsredaktion: Dr. Fritz Holtenbaum, für den Verleger: Dr. A. Diab, für die Anzeigen: Karl Hübel, Druck und Verlag: Dr. A. Diab, Mannheimer General-Anzeiger, 6. u. 7. Mannheimer, 2. u. 2. Dreieck-Str., General-Anzeiger, Mannheim, Durlach-König-Str. 179/181, Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Nr. 7040-7046.

Badische Neueste Nachrichten

Inhalt: Die 14-tägige Kabinetskrise. — Annahmefluß für das Minnabstimm. — Die Berliner Verhältnisse. — Die Reichspräsidentenwahl. — Die Reichspräsidentenwahl. — Die Reichspräsidentenwahl.

Das gesamte Kabinett zurückgetreten.

Neue Krise.

Der Druck der Gewerkschaften. — Der Fall Schiffer.

Berlin, 26. März. (W.) Das gesamte Kabinett ist zurückgetreten. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung ist abgefaßt.

Berlin, 26. März. (Von unserm Berliner Büro.) Die Ereignisse überstürzten sich. Gestern mittag glaubte man der Schwierigkeiten im wesentlichen Herr geworden zu sein und ein neues Kabinett endlich gefunden zu haben, ein Übergangs- und Geschäftsmministerium, das die Angelegenheiten der Republik bis nach den Neuwahlen verwalten sollte. Dann, so war es wenigstens der feste Entschluß der Demokraten, sollten alle Minister ausnahmslos zurücktreten und das neue Kabinett auf dem Boden des neuen Reichstags gewählt werden. Da mißfiel sich die Gewerkschaften ein, was den die Frage Schiffer auf und über dieser Frage ist dann das Ministerium Bauer gefallen. Herr Bauer hat heute früh die Gesamtdemission des Kabinetts übergeben und derzeit bemüht sich Herr Hermann Müller ein neues Kabinett zu bilden. Auch hier aber — das Kabinett würde sich ja im wesentlichen aus den Mitgliedern des nicht verfallenen Übergangsministeriums Bauer zusammensetzen — komplizieren sich die Dinge von neuem an der Frage Schiffer.

Um die Mittagszeit war die Lage diese: Die heutige Sitzung der Nationalversammlung ist ausgedehnt worden. Grund: Wir haben zur Zeit keine Regierung. Es bleibt dabei, daß Herr Hermann Müller die Bildung des Kabinetts übernimmt. Aber da es sich doch wohl um ein ganz neues handeln soll, ist die Angelegenheit nicht im Handumdrehen zu erledigen. In diesem Zusammenhang wird es nötig sein, schon jetzt einiges über die Haltung der demokratischen Fraktion zu sagen. Sie war in allen ihren Teilen, die radikalsten mit eingeschlossen, die sonst den acht Punkten zustimmen geneigt sind, der Auffassung, daß es einfach unmöglich sei, sich dem Gehot der Gewerkschaften zu fügen, die plötzlich einen im Amt befindlichen Minister — Herrn Schiffer — ausgemerzt sehen wollten. Anders würden die Dinge liegen, wenn Herr Hermann Müller ein ganz neues Kabinett bildet aus Männern, die bisher der Regierung nicht angehört haben. Dann ginge es nicht an, aus dem Fall Schiffer noch eine Prellfrage zu machen. Wenn zum Beispiel Herr Hermann Müller neue Männer beruft, wenn er, wovon die Rede ist, den Grafen Rankau mit der Leitung der auswärtigen Geschäfte betraut, zum Reichswehrminister einen demokratischen General beruft und dergleichen mehr, könnte man verfassungsrechtliche Einwände nicht mehr erheben. Dem will auch die demokratische Fraktion sich fügen und will ihr Rachegehen gegen den Druck der Gewerkschaften mit etwa folgender Argumentation umfassen. Dieses Kabinett hat so viele Qualitäten, daß wir ihm unser Vertrauen nicht verweigern können. Es wird allerdings Zeit, daß Herr Hermann Müller auf solcher Grundlage die Bildung des Ministeriums beginnt. Es wäre eine Bankrotterklärung des jungen deutschen Parlamentarismus, wenn wir noch vierundzwanzig Stunden unter diesen Geburtswehen leiden sollten.

Schiffer.

Wie vorausgesehen, macht die unabhängige Frankfurter Zeitung in Sachen Schiffer den Generalstreikern schon ein bedeutendes Geständnis. Herr Schiffer soll sich recht fertigen:

Die am Streik beteiligten Arbeiter- und Angestellten-Organisationen haben unter dem Vorbehalt von Karl Regien und fufend auf den sogenannten neuen Vereinbarungen gegen einzelne Ministerambitionen ihren Anspruch geltend gemacht. Sie haben den bisherigen Staatsminister und Reichsfinanzminister, der auf seinem Posten verbleiben sollte, abgelehnt, weil er nach ihrer und nach der Meinung anderer (!) den Hochverrätern zu weit entgegengekommen sei. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß Herr Schiffer in aller Öffentlichkeit so bald wie möglich über seine Tätigkeit während der Tage der Berliner Militär-Diktatur Bericht erstattet, damit Antikarrieren beseitigt werden und das Urteil über sein Verhalten objektiv sein kann.

Die Demokratische Fraktion und die neun Punkte.

Berlin, 26. März. (Von unserm Berliner Büro.) Die angekündigte Erklärung der Demokratischen Fraktion zu den neun Punkten hat folgenden Wortlaut:

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei der Nationalversammlung hat von den Besprechungen Kenntnis genommen, welche einige Abgeordnete der drei Reichsparteien unter Ablehnung der Bindung ihrer Fraktionen in der Nacht vom 19. auf den 20. März geführt haben. Die Bedenken, welche einzelne der aufgestellten Forderungen hervorgerufen, sind von unseren Fraktionsmitgliedern schon bei jenen Verhandlungen betont worden. Es wurde deswegen schon damals offiziell festgestellt, daß die Durchführung der aufgestellten Forderungen nur erfolgen soll und darf:

1. Streng auf dem Boden und im Rahmen der Reichsverfassung.
2. Unter Wahrung der demokratischen Gleichberechtigung aller Volksgenossen, Berufsstände, Organisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, von Landwirtschaft und Gewerbe.
3. Unter Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand unserer Volkswirtschaft und die gebieterische Notwendigkeit, die Produktion auf allen Gebieten zu steigern.

Wir fordern in der Nationalversammlung noch vor den Neuwahlen: Sofortige Entwaffnung und Bestrafung der am Staatsstreik Schuldigen, Demokratisierung und grundsätzliche Einigung der Verwaltung von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, Auflösung der gegenrevolutionären militärischen Formationen, die der Verfassung nicht treu geblieben sind und ihre Erziehung durch Formationen aus allen Kreisen der zuverlässigen revolutionären Bevölkerung, Einsetzung verfassungstreuer Führer, Einberufung der Sozialisationskommission unter Zuziehung der Berufsverbände, zwecks Feststellung der für eine alsbaldige Sozialisierung geeigneten Wirtschaftszweige, unter Ausschaltung der hierfür ungeeigneten mittleren und kleinen Betrieben. Zu der Befreiung des künftigen Reichstags wird unsere Partei in ihrem Wahlprogramm getreu ihren Grundfahnen fordern: eine soziale Befreiung, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle rechtliche Gleichstellung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet dauernd und unversäglich gewährleistet und ein freihetliches Beamtenrecht schleunigst einführt. Auf konstitutionellem Gebiet muß die volle Freiheit und die alleinige Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und der Volksvertretung als demokratische und staatsrechtliche Grundforderung erhalten werden.

tionstabinetts unter Einfluß aller Parteien, die dazu bereit waren, vor. Dieses Koalitionskabinetts hätte, wenn es am Montag zustande gekommen wäre, als Ersatz für die auf die Berliner Verhältnisse völlig einflußlose Stuttgarter Regierung zur sofortigen Entspannung der Lage geführt. Die tatsächlichen Bemühungen auf Verständigung fanden zunächst keine Gegenliebe bei den Reichsparteien bis die ungeheuer gewachsene kommunistische Gefahr nach weiteren 3 Tagen die in Berlin anwesenden Vertreter der Regierungsparteien doch zwang, die früher abgelehnten Bedingungen der Neuwahl der Nationalversammlung, der Sicherung der Reichspräsidentenwahl durch das Volk und der Umgestaltung des Kabinetts zuzustimmen. Die Deutsche Volkspartei hat aber in einem Augenblick der Verhandlungen einen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich nicht zu einem Ministerium dränge, sofern durch ihre Teilnahme eine Erschwerung der Lösung der politischen Lage eintreten sollte.

Gesamtdemission des preussischen Kabinetts?

Berlin, 26. März. (Von unserm Berliner Büro.) Das preussische Kabinett wollte sich, wie wiederholt erklärt wurde, nach der Haltung des Reichstabinetts richten. Bleibt es auf diesem Standpunkt stehen, muß es nunmehr seine Gesamtdemission nehmen. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß Ministerpräsident Hirsch noch vor fünf Tagen seinen Rücktritt angeboten hatte und daß er hinterher noch einmal ein kritisches Abschiedsgesuch eingereicht, aber auf die dringenden Bitten seiner Kollegen, auch der kürzerlichen, von seinem Rücktritt Abstand genommen hat. Die „B.Z.“ erzählt, daß die mehrheitssozialistische Fraktion der preussischen Landesversammlung gestern Abend beschlossen hat, den Ministerpräsidenten Hirsch und den Finanzminister Südekum fallen zu lassen.

Zur Aufklärung.

Von Dr. Otto Hugo, Mitglied der Nationalversammlung.

Geschäftige Parteimitglieder sind an der Arbeit, mit den Witten der Verleumdung und der politischen Verdrehung die Stellung der Deutschen Volkspartei zu der Militärrevolte in Berlin in durchaus falschem Lichte darzustellen. Diese Kreise scheinen immer noch nicht zu erkennen, wie völlig nebensächlich im Augenblick der Parteivorteil ist gegenüber dem entscheidenden Moment, ob das deutsche Vaterland vor der Herrschaft des Kommunismus und Bolschewismus gerettet wird oder in ihr versinkt. Etwas anderes steht für jeden ernsthaften Politiker gegenwärtig nicht auf dem Spiele. Die Lage im Lande ist so kurzbar ernst, daß jeder Parteimitglied und die Geschlossenheit einer einheitlichen Handlung ausgelöst werden sollte. Wehe den Parteifanatikern, die auch jetzt noch den trübseligen Mut besitzen, das Feuer des Parteihaders zu schüren, um daran ihre jämmerliche Parteiluppe zu locken.

Die Deutsche Volkspartei hat vom ersten Augenblick des Kapp'schen Putsch an ihre Aufgabe darin gesehen, den angegriffenen Schaden so schnell wie möglich aus der Welt zu schaffen, verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen und die Ordnung gegen die kommunistische und bolschewistische Gefahr im Innern durch Heeresmacht sicher zu stellen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Deutsche Volkspartei nicht wie die sozialistische Regierung und die Deutsche demokratische Partei zum Generalstreik, zur Verhinderung der gesamten deutschen Wirtschaft aufgerufen, sondern den Weg der praktischen Verständigung beschritten, indem sie auf der einen Seite mit den verfassungstürzenden Gewalttätigen in Berlin und auf der anderen Seite mit Vertretern der Reichsparteien unversäglich, und zwar bereits am Sonntag, den 14. März, Verhandlungen anknüpfte. Daß dabei die Regierung Bauer ausschaltete, lag an der einfachen Tatsache, daß sie nicht vorhanden und zu erreichen war. Wäre es gemäß den Absichten der Deutschen Volkspartei gelungen, bereits am Montag, den 15. März, zu einer Verständigung mit den Reichsparteien über die Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Regierung zu gelangen, so wären die folgenschweren Nachwirkungen des durch eine lange Dauer so wirksam gewordenen Generalstreiks zu vermeiden gewesen. Es wird von der Regierungsseite und der demokratischen Partei behauptet, daß Herr von Büttow davon abgesehen sei. Diese Behauptung ist durchaus falsch. Der Rücktritt und damit die für die Truppe krisenlose Entfaltung v. Büttow erfolgte auf Grund von Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien und dem General v. Büttow, die von einem Vertreter der Deutschen Volkspartei ermöglicht worden sind. In diesen Verhandlungen wurden die Bedingungen festgelegt, unter denen Herr v. Büttow bereit war, von seinem Posten als Militärbefehlshaber in Berlin zurückzutreten. Den Vertretern der Reichsparteien lag angesichts der durch das ganze Land hindurchlaufenden kommunistischen Feuersbrunst außerordentlich daran, auf dem Wege dieser Verständigung die Kommandogewalt über die Berliner Truppen wieder in die Hand zu bekommen. Wäre es anders gewesen, so hätten die Vertreter der demokratischen Partei und der Zentrums- partei sicherlich in Übereinstimmung mit der gelobten Regierung nicht mit Büttow verhandelt, noch viel weniger ihre Zustimmung zu dem für Herrn v. Büttow annehmbaren politischen Kompromiß gegeben. Hier war es das politische Wirken und Eingreifen der Deutschen Volkspartei, die der heutigen Regierung unter Vermeidung von Konflikten innerhalb der Truppen, die militärische Macht in Berlin wieder in die Hand gespült hat. So und nicht anders stellt sich das politische Wirken der Deutschen Volkspartei in den schwersten Konfliktmomenten dar, als die Regierung in Berlin ausgedöhrt hatte, eine Macht zu sein.

Der Deutschen Volkspartei schwebte zunächst bei den Sonntagsverhandlungen die Bildung eines Koalition-

tionstabinetts unter Einfluß aller Parteien, die dazu bereit waren, vor. Dieses Koalitionskabinetts hätte, wenn es am Montag zustande gekommen wäre, als Ersatz für die auf die Berliner Verhältnisse völlig einflußlose Stuttgarter Regierung zur sofortigen Entspannung der Lage geführt. Die tatsächlichen Bemühungen auf Verständigung fanden zunächst keine Gegenliebe bei den Reichsparteien bis die ungeheuer gewachsene kommunistische Gefahr nach weiteren 3 Tagen die in Berlin anwesenden Vertreter der Regierungsparteien doch zwang, die früher abgelehnten Bedingungen der Neuwahl der Nationalversammlung, der Sicherung der Reichspräsidentenwahl durch das Volk und der Umgestaltung des Kabinetts zuzustimmen. Die Deutsche Volkspartei hat aber in einem Augenblick der Verhandlungen einen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich nicht zu einem Ministerium dränge, sofern durch ihre Teilnahme eine Erschwerung der Lösung der politischen Lage eintreten sollte.

Die Deutsche Volkspartei erkannte von Anfang an, daß die scharfe Generalstreikpartei mit der Autorität der Regierungsmacht durchgesetzt und von einer bürgerlichen, der demokratischen Partei mit Fanatismus unterstützt, die ohnehin durch das Kapp'sche Unternehmen ausgerührt radikale Bewegung des Kommunismus außerordentlich fördern würde. Diese Erkenntnis hielt die Deutsche Volkspartei davon ab, in die Generalstreikpartei mit hineinzustößen, ließ sie auf der anderen Seite aber auch dahin wirken, nicht den Schrei nach Entwaffnung und Demütigung des Heeres einzustimmen. Mit jeder Stunde wachsender kommunistischer Gefahr wuchs die politische Bedeutung eines für die Aufrechterhaltung der Ordnung kampfbereiten Heeres. Daß dieses Heer nicht durch jene wahnsinnige Hege, die in Berlin gegen alles was Waffen trug einsetzte, gefördert werden konnte, daß das Heer vor einer Achtung durch das Bürgertum bewahrt werden mußte, hat die Deutsche Volkspartei als entscheidend für ihre Haltung betrachtet, im Gegensatz zu den weiter links gerichteten Parteien. Wenn heute in Berlin nicht der Kommunismus herrscht, und der Mob nicht zur Gefahr für friedliche Bürger wurde, so liegt das nicht an einer wirksamen Führung der Regierungsgeschäfte — davon verspürt in Berlin niemand etwas — sondern daran, daß die Berliner Bürger trotz ihrer Unabwiesbarkeit unter dem sicheren Schutz der Bajonette der Truppen sicher haben schlafen können. Wer staatsverhaltende Politik treiben will, muß sich auch im Augenblick höchster leidenschaftlicher Anreize dessen bewußt sein, daß die Erhaltung der Staatsnotwendigkeiten höchstes Gesetz des politischen Handelns bleiben muß. Die erste Staatsnotwendigkeit ist aber, das ist die erste Lehre der Märzrevolte — ein zuverlässiges Heer. Ob links oder rechts regiert wird, ohne ein zuverlässiges Heer kann ein Staat nicht leben. Der Zustand, daß 5000 Soldaten von Döberitz unarmiert das ganze Reichsgebäude über den Haufen werfen und die Regierung zur Flucht zwingen konnten, ist eben der klare Beweis dafür, daß uns die alte Regierung in der Republik noch keine festen Staatsfundamente gegeben hatte, denn was den 5000 Soldaten glückte, hätte schließlich einige Wochen später 5000 Kommunisten glücken können, dann vielleicht aber mit noch verheerenderen Folgen.

Die politischen Nachwirkungen des Generalstreiks treten in ihrer Größe täglich schärfer und klarer in Erscheinung. Die Verständigung der Reichsparteien mit den Gewerkschaften war bereits die Kapitulation vor der Diktatur von links, war bereits Verfassungsverletzung wenn nicht Verfassungsbruch. Den Gewerkschaften soll ein bestimmter Einfluß auf die Bildung des Kabinetts und auf die gesetzgeberische Betätigung eingeräumt werden, beides nach der Verfassung nur Aufgaben des vom Volk gewählten Parlamentes. Das ist die Zertrümmerung der Volkssouveränität und die Aufrichtung einer Diktaturherrschaft. Die jetzt unsere Ordnung schützenden Truppen, soweit sie sich nach Ansicht der Regierung haben verhalten lassen an der Militärrevolte teilzunehmen, sollen entlassen werden, dafür aber die Bewaffnung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten erfolgen. Das ist die Preisgabe der Sicherheit und Ordnung aus den Händen der Staatsgewalt, in die Hände einer Parteiligue. Sind die Waffen erst in die Hände der Arbeiter, so wird der Kommunismus schon Sorge dafür tragen, daß diese Waffen den politischen Zwecken des äußersten Radikalismus dienen werden.

Alle diese Ereignisse mit ihren ganzen Folgen zeugen dafür, daß der einzig rettende Gedanke der war, nicht die Lage durch Schürung des Parteifanatikus machlos zu verschärfen, sodah schließlich eine Aufrechterhaltung der Ordnung und Verfassung kaum mehr möglich ist, sondern so schnell wie möglich den Zusammenschluß der Parteien zur Ausmerzung der Regierung Kapp-Büttow herbeizuführen. Heute schon wird es jedem klar sein, daß es eine tausendfach leichtere Aufgabe war, wenn alle Parteien sich zu diesem Zweck zusammenschlossen und von den Beamten des Staates unterstützt wurden, die Kapp und Büttow zu vertreiben, als den zum ersten Mal in Deutschland nur mit Hilfe der Staatsgewalt und der moralischen Unterstützung zweier Regierungsparteien durchgeführten Generalstreik wieder aus der Welt zu schaffen. Die schärfste und rücksichtsloseste Verurteilung der Kapp'schen verbrecherischen Kriemildat war trotz allem nicht der Schlüssel zur Lösung der Lage, sondern das sofortige politische Handeln aller staatsverhaltenden Parteien unter Würdigung der ungeheuren Folgen, die eine politische Verheerung gerade in dem Augenblick höchster Leidenschaften mit sich bringen mußte.

Zum Schluß noch das Eine. Jede Andeutung, daß die Deutsche Volkspartei in irgend einer Instanz oder in irgend welchen Personen an den Vorbereitungen des Putsches, an seiner Durchführung oder an seiner Festigung mitgearbeitet hätten, herauf auf frivoler, dem Parteigeb dienerer Erkenntnis. Die Aufklärung der folgenden Wochen werden das klar erwei-

sen. Die Deutsche Volkspartei hat weder in Worten noch in Taten jemals den Boden der liberalen Fortentwicklung unseres Staatslebens auf der Verfassungsgrundlage verlassen. Gleich fern, ja unerbäulich fern steht sie der hinterdrängten Idee, sich ausgerechnet politisch einem Kapp anzuschließen. Nichts als politische Parteien gegenüber dem, was sie in den schwersten und ernstesten Konfliktslagen deutscher Schicksalswege getan haben von einem so reinen Gewissen getragen sein, wie es die Deutsche Volkspartei in der Tat ist. Sie hat nicht an sich, sondern nur an die vaterländische Sache gedacht und ist auf dieser Wege nicht der Versuchung verfallen, dem Parteienatavismus zu huldigen, sondern hat in ihrem positiven Handeln völlig im Interesse des Staates die politische Vernunft und Besonnenheit abzuwarten lassen.

Einrücksvolle Verammlung der Deutschen Volkspartei in München.

München, 26. März. (Pr. Tel.) Die Deutsche Volkspartei (nationalliberale Partei) München besetzte sich in ihrer letzten Versammlung mit den politischen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick. Bedeutungswohl für Bayern sei die Einsetzung einer bürgerlichen Regierung unter Beteiligung des Bayerischen Bauernbundes.

Der eigentliche Bericht statter des Abends, Rechtsanwalt Dahn, ergänzte und erweiterte diesen Rückblick und liete scharfe Kritik an den politischen Verhältnissen, die mit Notwendigkeit zu den Berliner Vorgängen führen mußten. Man man am Vorabend Kapp ansehen, was man will, ein Verdienst muß ihm jeder zugestehen, meinte der Redner. Die Radikalen wurden jetzt genötigt, früher, als es für sie gut war, zu zeigen, daß alles vorbereitet war für eine gewalttätige Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Anders lasse sich die bewaffnete Organikation der Arbeitermassen, zumal im Ruhrgebiet nicht erklären. Unter dem Eindruck der Entlassung Kapps und der Nachricht über die Neubildung einer Arbeiterregierung in Berlin betonte der Redner, daß dies nur eine verkappte Räterepublik bedeute. Unzuverlässig sei schon die alte Regierung gewesen, das sei unzulässig, trotz des unermöglichten Nachrichtendienstes, mit dem die Gefühle des deutschen Volkes in diesen Tagen verwirrt wurde.

Innerschuliches und das parlamentarische System morsich blühendes mühte der Redner als unmittelbarer Zeuge der Vorgänge über das Betreiben der Parteien hinter den Kulissen des bayerischen Landtages zu berichten, wobei er auf die Haltung der demokratischen Führer im Reichstag (Generalstreik) und in Bayern zu sprechen kam, die in weiten Kreisen der eigenen Partei kein Verständnis mehr finden. Erfreulich sei aber trotzdem, daß eine vertrauenswürdige Persönlichkeit an die Spitze der bayerischen Regierung gekommen sei. Im Lande werde dieser ehrliche Treuhänder seine Stütze finden. Würde der Berliner Plan zur Wirtschaft, dann sei die Gefahr des Verfalls des Reiches in juristische Röhre gerückt. Am parlamentarischen System gehe Deutschland zugrunde. Aber vielleicht sei gerade der Süden und Osten berufen zur Wiedererweckung des nationalen Gedankens.

Der Redner schloß: Wir leben und sterben für die Hoffnung, daß Deutschland für unsere Kinder und Enkel neu erblüht.

Redhafter Beifall dankte den Ausführungen, und eine reine Aussprache im Sinne des Berichtstellers ließ erkennen, daß das Vorgehen der Partei und Hoffnungen der Staatsordnung sei. Es wurden zwei Entschließungen einstimmig angenommen.

Die erste lautete: Wir erheben scharfsten Einspruch gegen die in Berlin zwischen den Koalitionsparteien geschlossenen, die Verfassung verletzende Vereinbarungen, vor allem dagegen, daß den am Generalstreik beteiligten Organisations der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf die wirtschaftliche und sozialpolitische Geschehnisse ein einseitiger Einfluß eingeräumt werde und daß der Rationalisierung neue, die wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung aller gefährdende Gesetze aufgezogen werden. Endlich, daß die die Räterepublik als ihr politisches Ideal ansiehende U. S. P. in die Regierung aufgenommen werden soll.

In der zweiten Entschließung wurde der Reichswehr, Sicherheits- und Einwohnervorkehr sowie den jetzt notwendigen der heraldische Dank für ihr opfermütiges Eintreten zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ausgesprochen.

Der 13. März und die Koalitionsparteien.

Noch immer bemühen sich die Blätter der Linken, nachzuweisen, daß die rechts von der Koalition stehenden Parteien im Zusammenhang mit dem Staatsstreich vom 13. März stehen. Das ist es nun sehr bemerkenswert, daß ein auf dem äußersten rechten Flügel der Koalition stehendes Blatt, wie die Deutsche Tageszeitung, darauf hinweist, wie unerwünscht und wie ungewünscht die Bestrebungen und Ausschichten der Koalition das Unternehmen Kapp gekommen ist:

Die Schuld der Regierung Kapp ist durch die Ereignisse vom 13. März und ihre Folgen um einen Riesensprung vergrößert worden. Während ihre politische und wirtschaftliche Unfähigkeit Deutschland dem Abgrund immer näher trieb, existierte sie sich zugleich immer mehr von dem verfassungsmäßigen Boden, auf dem sie stand. Dadurch, daß sie das Leben der Nationalversammlung, die nur die neue Verfassung mit den sich anschließenden Gesetzen zu schaffen und die für die Vorbereitung in die Neuordnung des Landes notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zu treffen hatte, schließlich verlor, das Gesetz über den Volksentscheid den ganzen Sinn hindurch überhaupt nicht vorlegte und zuletzt mit dem Blatte spielte, das Volk um sein Recht der unmittelbaren Wahl des Reichspräsidenten zu bringen, hat sie Geist und Wesen der Weimarer Verfassung auf das schwerste verletzt.

Die Schuld auf die Koalitionsparteien zu schieben, kann auf die Dauer umso weniger gelingen, als eben die Ereignisse vom 13. März nicht nur völlig unerwartet, sondern auch im höchsten Maße unerwartet gekommen sind. Die ganze Entwicklung der Dinge arbeitete für sie. Ihre Ausschichten, bei den Neuwahlen eine nicht mehr zu übersehende Modifikation zu erreichen, bestanden sich von Tag zu Tag. Sie konnten umso mehr abwarten, bis ihr Ernte von selber reife, als sie gar kein Interesse daran hatten, bald an die Regierung zu kommen.

Die Lage im Reich.

Berlin, 26. März. (Von unserem Berliner Büro.) Heber die Lage im Reich erfahren wir: Im Ruhrrevier, einschließlich Dortmund und Hagen soll auf Wunsch der drei sozialdemokratischen Parteien ein Bezirkerrat errichtet werden, der zu dem Bielefelder Abkommen Stellung nehmen soll. Der Grund hierfür liegt wahrscheinlich darin, daß die Bielefelder die Verantwortung nicht mehr allein tragen, sondern sie auf weitere Schulden verteilen wollen. Der gestern ausgegebenen Generalstreikspartei ist nur ein Teil der Arbeiter gefolgt. Es

wird erwartet, daß die Arbeit wieder allgemein aufgenommen werden wird.

In Stettin ist die Arbeit fast in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. Nachdem die Frist zur Waffenlieferung am 24. ds. Mts. abgelaufen ist, wird jetzt die Stadt nach Waffen durchsucht. Auch in der Provinz und auf dem Lande wird fast überall gearbeitet. In Thüringen geht die militärische Operation weiter. In Falkenstein im Vogtland ist ein Aktionsauschuss gebildet worden. In Chemnitz und der Bornaer Gegend sind ebenfalls Aktionsauschüsse gebildet worden, die jedoch in die behördlichen Geschäfte nicht eingreifen.

In Leipzig ist Ruhe. Es streikt nur das Stadtparlament als Protest gegen den Militärbefehlshaber. Es will unter dem Belagerungszustand und unter Aufsicht des Militärkommandos keine Sitzung halten.

r. Düsseldorf, 26. März. (Pr. Tel.) Nach kaum 12stündiger Dauer ist der Generalstreik in Dortmund heute vormittag wieder eingestellt worden. Die Zeitungen erscheinen wieder.

r. Düsseldorf, 26. März. (Eig. Drabth.) Heute findet in Hagen eine Konferenz der Vollzugsräte im Ruhrrevier statt, um zu dem Bielefelder Abkommen Stellung zu nehmen. Da die Kommunisten ihrerseits das Abkommen gebrochen haben, ist in der heutigen Sitzung mit einer Trennung der rechtsrevolutionären Sozialisten, der Unabhängigen von den Kommunisten und Spartakisten zu erwarten. Falls es zu dieser Trennung kommt, ist aber mit scharfen Zusammenstößen innerhalb der Arbeiterschaft zu rechnen.

Truppenbewegungen ins Ruhrgebiet erlaubt.

m. Köln, 26. März. (Pr. Tel.) Wie aus amerikanischen und englischen Quellen gemeldet wird, haben die verbündeten Mächte beschlossen, der deutschen Regierung zu erlauben, 100 000 Mann nach dem Ruhrgebiet zu entsenden, die, falls sie nicht genügen sollten, um die Ruhe wieder herzustellen, durch 80 000 Mann belgische, französische und englische Truppen verstärkt werden sollen.

Die Kämpfe um Wesel.

m. Köln, 26. März. (Pr. Tel.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Aachen: Im französischen Hauptquartier ist ein Bericht über die Lage bei Wesel eingegangen, dem der Volksfreund folgendes entnimmt:

An den Loreen, 500 Meter von der großen Rheinbrücke, die von belgischen Truppen bewacht wird, befinden sich einige Tausend Mann Reichswehr im Kampf gegen eine mindestens fünffache Ueberzahl Spartakisten. Die Kräfte der Reichswehr haben sich aus dem Ruhrgebiet nach hierher zurückgezogen. In Wesel hat der deutsche General Rabitsch sein Hauptquartier. Die Reichswehr kämpft mit Verzweiflung, denn die Spartakisten geben keinen Vorstoß. In einem Dorf sind alle Bauern beim Donner der Geschütze und Maschinengewehre geflohen. Als wir uns der Weseler Brücke näherten, hörte man Maschinengewehrfeuer aus der Stadt. Ein unauffälliges Maschinengewehrfeuer, welches von Zeit zu Zeit die Kanonen überläutete. Am Eingang der Brücke, auf dem linken Ufer, hielten Belgier die Wacht. Hauptmann Vorges, der Befehlshaber der belgischen Posten, gibt Auskunft über die Lage. Die Polen haben die Lippe überschritten und bedrängen die Stadt aus der Höhe. Die Regierungstruppen stehen von der Zitadelle aus. Gegen diese haben die Polen Geschütze gerichtet, die eine Anzahl Schiffe in die Zitadelle geschickt haben. Die Reichswehr hat keine Schützengraben zu ihrer Verteidigung ausgeworfen, ebenso die Angreifer nicht. An der Lippe verläuft die Kampf am beständig. Die Reichswehr macht einen Gegenangriff. Starke Explosionen von den Mörsern der Renierungstruppen sind vernehmbar. Die Reichswehr könnte ihre Lage verbessern. Auf dem belgischen Ufer kommen fortgesetzt Vermundete an; dort ist eine Sanitätsstation eingerichtet.

In Wesel herrscht Schrecken. Die Bevölkerung sitzt in den Kellern. Der Bürgermeister ist zur Aufgabe gezwungen. Die Polen begehen Ausschreitungen. Die Flüchtlinge erzählen, daß die Kräfte der Reichswehr schwächer werden und des Nachts Soldaten desertieren.

Eine neue bayerische Regierungstreife?

München, 26. März. (Pr. Tel.) Die Annahme des Antrages des Abg. Wohlmut (Bayer. Volkspartei) auf Aufhebung der Simultanschuldsverordnung droht allenfalls zu einer neuen bayerischen Regierungstreife zu führen. Im Organ der deutsch-demokratischen Partei, der „Süddeutschen Korrespondenz“, heißt es: „Die Bayerische Volkspartei hat bei der Kabinettsbildung zugesagt, daß auf kulturpolitischem Gebiete bis zu den Neuwahlen keine strittigen Fragen aufgeworfen werden sollen. Diese mehrmals wiederholte Zusicherung sei eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Eintritt der Demokraten in das Kabinet gewesen. Wenn nun die Bayerische Volkspartei glaube, sich darüber hinwegsetzen zu können, so müsse sie sich über die Folgen im Klaren sein. Ueber den Ernst der Lage sei sowohl die Bayerische Volkspartei, wie das Gesamtministerium hinreichend unterrichtet worden.“

Badischer Landtag.

22. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 26. März. Das Haus nahm in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Verordnungsgebung des Staatsbahnbauwesens an. Ferner, ebenfalls in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Eingemeindung Kirchheim in Heidelberg. Endlich noch das Finanzgesetz.

Abg. Dr. Gothein (Dem.) berichtet für den Haushaltsauschuss über den Kaufvertrag zwischen dem badischen Domänenrat und der Badischen Städtungs- und Landbank G. m. b. H. in Karlsruhe über das Städtungsgebiet in Hagenbach. Ueber die Behandlung der Angelegenheit im Ausschuss berichtet Abg. Gothein u. a. Das Verfahren der Regierung wurde von allen Seiten gleichmäßig gerügt, denn seit langer Zeit steht die Regierung in Verhandlungen mit der Landbank, ohne daß sie den Landtag davon in Kenntnis gesetzt hat. Es ist verfassungswidrig vorgegangen worden, denn man hat schon mit der Ausräumung des Hagenbacher Waldes begonnen, ohne den Landtag gebührend zu hören. Folglich ist, daß der Landtag dauernd einen Einbruch in die Geschäftsführung erhält. Das Unternehmen führt im allgemeinen die Billigung der Kommission, es wurden jedoch Bedenken geltend gemacht gegen die Schaffung einer Wohnsiedlung, und man sprach sich für die Erbauung von Wohnhäusern und Mooren aus. Nächstens wurde zugesagt, daß in der nächsten Zeit schwere Eingriffe in das Forst-

wesen erfolgen müssen. Es würden Jahrzehnte hingenommen, bis der Wald wieder in der alten ordnungsmäßigen Weise beschaffen würde. Ein schleuniger Abschluß des Vertrages wurde als wünschenswert bezeichnet. Die Kommission stellt den Antrag, das Staatsministerium zu beauftragen, den Vertrag abzuschließen.

Präsident Kapp teilt mit, daß von den Abg. Dr. Glöckner, Dr. Scholer und Warum folgender Antrag eingegangen sei: Wir beantragen, der Landtag wolle zu dem juristischen dem Badischen Domänenrat und der Badischen Städtungs- und Landbank G. m. b. H. abgeschlossenen Vertrag über die Kaufweile Abtretung eines Teils des Domänenbesitzes Hagenbach die Genehmigung unter folgenden Bedingungen erteilen: 1. Das Statut der Badischen Städtungs- und Landbank unterliegt der Genehmigung des Landtages. 2. Die Mehrheit der Mitglieder des Aufsichtsrates der Städtungs- und Landbank wird vom Staatsministerium ernannt. 3. Die Bestellung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates bedarf der Genehmigung des Staatsministeriums.

Abg. Glöckner (Zem.): Der Gedanke, eine dauerliche Siedlung zu schaffen, findet die Zustimmung unserer Fraktion.

Wir haben uns aber dagegen gewandt, daß schon die Ausräumung vorgenommen wurde, ohne daß der Landtag gefragt wurde. Die Übertragung an eine Gesellschaftsform ist ohne die Zustimmung des Landtages nicht zulässig. Man sollte die Siedlung für ein oder einige Jahrzehnte einer Nachbargemeinde zu teilen.

Abg. Stockinger (Soz.): Man sollte dafür sorgen, daß das Wasser für Hagenbach durch die neue Siedlung nicht erschoben wird. Die Städtungs- und Landbank sollte auf dem bisherigen Wege rückerhalten.

Minister Rüstert verteidigt die Haltung der Regierung. Die Arbeiten sollen dauernd überwacht werden.

Abg. Dr. Rehnert (Zem.): Auch wir beanstanden, daß die Regierung den Vertrag nicht rechtzeitig dem Landtag vorgelegt hat. Der Arbeitsminister hat erklärt, daß der Vertrag allseits berührt würde, das ist nicht richtig. Die Städtungsbank hätte ihre Arbeit an einer anderen Stelle beenden sollen, wo sie keine Kulturen vernichtet hätte. Der Vertrag ist auch sachlich anfechtbar. Gegen den ganzen Plan bestehen weiterhin zahlreiche Bedenken. Die Schwere werden ebenfalls unter dem Unternehmen und es besteht auch die Gefahr, daß die Halbinsel in die Höhe getrieben werden.

Abg. Geyer (Zem.): Die Regierung hätte und rechtzeitig informieren sollen, sobald wir nicht nachträglich genehmigen sind, so zu sagen. Ministerialdirektor Sammet beäunert auch, daß der Vertrag erst so spät mit vorgelegt werden konnte. Der Vertrag dürfte bereits an Weismann dem Landtag vorgelegt sein, da seine der Widerstand der Holzindustriellen ein, es wurde übersehen, dem Landtag rechtzeitig den Vertrag zu unterbreiten.

Abg. Dr. Scholer (Zem.) verlangt von der Regierung ein Programm, nach dem die Rekolonisation für Odenbachereien erfolgen soll.

Minister Rüstert: Es sind folgende Rekolonisationspläne aufgestellt: das Waldschuttbereich, das Städtungsgebiet zwischen Biedel und Biedel, das Waldland bei Kirchheim und Rheinheim bei Kirchheim, Waldschuttbereich bei Zornheim, bei Kirchheim, Kirchheim und der Waldschuttbereich. Diese Unternehmungen erfordern unzählige Millionen. Die Städtungs- und Landbank sollen auf diese Weise wie im Odenwald einen Teil davon beschaffen.

Abg. Glöckner äußert seinen Antrag in dem Sinne an, daß die darin vorgesehene drei Punkte nicht als Bedingungen, sondern als Wünsche an die Regierung zu gelten haben. In der Eingeladung sprach der Abg. Dr. Gothein (Dem.) über eine Entschließung, in der er die Ursachen eines bevorstehenden Kabinettswechsels über den Zustand der Wälder in Hagenbach nach Durchführung des Projektes verurteilt wird. In einer weiteren Entschließung wird erklärt, daß das anfallende Holz im eigenen Interesse verarbeitet wird. Der Vertrag über den Kaufvertrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Gegenentwässerung wurde ebenfalls angenommen.

Wahl des Staatspräsidenten.

Das Haus wählte hierauf durch Zufall den Staatspräsidenten aus dem Kreis der Stellvertreter auf ein Jahr. Es wurden gewählt: Staatspräsident der Abg. Geik und zu dessen Stellvertreter Julius Müller und Franz. Die Gewählten erklärten sich zur Annahme der Würde bereit. Den weiteren Inhalt der Tagesordnung setzte das Haus ab und vertagte sich auf unbestimmte Zeit. Der Präsident dankte die Abgeordneten mit den besten Wünschen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Barthou gegen Revision des Friedensvertrages.

Paris, 25. März. (WZ.) In der Deputiertenkammer hielt Barthou eine Rede (deren Anfang noch nicht vorliegt); während eines Jahres hat Baron George politischen Ruhm und Wohnungen gehabt. Jetzt sieht er aus den Augenwinkeln, die er zugunsten Deutschlands machen will, ebenfalls Ruhm. Frankreich sei es, das allen Vermittlungen und der Revision ausgesetzt sei. (Beifall.) Deutschland entbehrte sich den wichtigsten Bedingungen, namentlich in Hinsicht auf die Entwaffnung und auf die Kolonialverteilung. Unerwartet gegen französische Offiziere und Soldaten kamen Mordanschläge vor. Redner verurteilt einen Bericht des Generals Nibel über den schändlichen Willen Deutschlands und seine Unfähigkeit den Reklamationen Frankreichs Argumente entgegenzusetzen. Barthou fragte, ob der Ministerpräsident sich durch solche Gründe aufhalten ließe. Die Minister müßten gewiß eine gemeinsame Politik verfolgen; aber wenn es sich um Interessen gegen französische Offiziere handelte und wenn die Minister eine gewisse Freizügigkeit erforderten, die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen, dann könne Frankreich keine Politik um möglichlich von dem Schwanen der Allierten abhängen machen. Frankreich müsse mit seinen Allierten handeln, aber wenn sie nicht mitgehen wollten, auch ohne sie. Frankreich sei noch stark genug, um Bedingungen, in denen eine Verletzung des Vertrags liegt, zu verweigern. Von der alten deutschen Armee seien 100 000 Mann verblieben. Außerdem existiere eine neue Armee von 800 000 Mann, ganz abgesehen von den Truppen, die aufgestellt worden seien unter Verletzung des Friedensvertrages. Barthou sagte, er glaube, daß man sich unerschütterlich in einer Reihe befände. Das dürfe man nicht mit Stillschweigen übersehen.

Barthou befragte dann die Richterpartei über die Revision des Friedensvertrages und sagte, es sei auch keine Hoffnung, daß Amerika schließlich doch noch ratifizieren werde. Vor allem aber sei es dauerhaft, daß es dem Völkervertrag, der ein Instrument des Friedens und Fortschrittes sei, nicht angedreht. Barthou wunderte sich, daß Lord Robert Cecil von einem Bortell Englands in Afrika sprach. England habe auch seine Interessen in Europa erhalten durch die Befriedigung der deutschen Forderungen, während Frankreich nicht einmal wisse, worum die deutsche Armee noch nicht entwaffnet sei. Man habe die deutsche Armee als „Heerliche Armee“ nach Deutschland zurückkehren lassen. England habe die Befriedigung der deutschen Forderungen erteilt. (Beifall.) Barthou befragte sich auch darüber, daß die allgemeine Dienstpflicht in England verabschiedet sei. So gestalte sich die Lage Frankreichs angesichts dieser Zustände. Frankreich könne nicht seine Arme vergrößern und auch nicht sagen, wie haben keine Menschlichkeit mehr. Auf England aber ruhe nicht die Last mehr, einen Teil seiner Jugend unter den Waffen zu halten.

Mit scharfen Worten machte sich abdann der Redner gegen den Versuch, den Friedensvertrag zu revidieren. Die Revision werde doch nur gemacht werden zum Schaden Frankreichs und zum Nutzen Deutschlands. Der Ministerpräsident habe behandelt. Die Einigkeit der Allierten sei wieder herbeigeführt worden und er hoffe, daß sie in diesem Sinne fortzähren werden.

Barthou ging abdann dazu über, das russische Problem zu besprechen. Er sagte, man solle sich innehmen, daß man an der Haltung Russlands und der Tatsache, daß Baron George die italienische Politik ermuntere, nicht in Russland zu laß komme.

Schließlich erklärte Barthou: Amerika habe im Jahre 81 000 Mann verloren, das bedeute einen Mann auf 2000 Einwohner. Italien 465 000 Soldaten oder insoweit einen Mann auf 70 Einwohner. England 335 000 Mann, also einen Mann auf 51 Einwohner, Frankreich aber angeblich 1 350 000 Mann (was aber in Wirklichkeit nicht der Wahrheit entspricht), also einen Mann auf 23 Einwohner. Diese Zahlen und diese Zahlen seien Zahlen Frankreichs. Die neuen Deutschen, welches das Defizit verursacht habe, die Notwendigkeit der Wiedergutmachungen, die in den Friedensvertrag eingeschrieben seien, auf. Mit herrlicher Stimme sprach Frankreichs Loh auf den Allierten, die Solidarität aufrecht zu erhalten. Die während des Krieges bestanden habe.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Die Wirtschaftslage.

Mannheim, 26. März.

Die letzte Betrachtung schloß mit einer Bemerkung über den Generalstreik, in der auf die gewaltige Verantwortung für seine Anwendung bei unserer darniederliegenden Wirtschaft hingewiesen wurde. Die Befürchtung, daß es nicht bei einem zünftigen Protest durch Arbeitsruhe bleiben würde, war mehr als berechtigt. Man kann der Meinung sein, daß ein Generalstreik in Zeiten der wirtschaftlichen Not eine Art Versuchung ist. Zum Beleg hierfür sei darauf hingewiesen, daß bei 5 Millionen organisierten Arbeitern und einem Tagesverdienst von durchschnittlich 25 M die 100 Millionen Mark Lohnausfall doch eine Summe sind, die bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen eine Rolle spielen. Dazu kommt noch der Produktionsausfall, der die Warenknappheit entsprechend vergrößert. Diese volkswirtschaftlichen Ausfälle würden nun verdoppelt, wenn für die nicht-geldeste Arbeit die entsprechenden Lohnzahlungen vorgenommen werden müßten. Doch sehen wir von dem Generalstreik und seinen wirtschaftlichen Störungen ab. Die schlimmste Folge ist, daß er in großer Zahl wieder Dauerstreiks ausgelöst hat, die unserm Wirtschaftsleben schwere Schädigungen bringen. Hierbei soll die größere Disziplin der besonnenen Arbeiterschaft erwähnt werden, die es mit 24 Stunden Streik bewenden ließen. Zugleich wird aber auch dargetan, daß Unbesonnenheit und mangelnde Disziplin des Mob stets eine Gefahr für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung darstellt. Das Gut des Arbeitswillens und der Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes, gleich ob Arbeiter oder Bürger, muß gegen Terror geschützt werden und hier wäre es Aufgabe einer Regierung, die Freunde der Ordnung zu sammeln, zu führen und die Verantwortung in Zukunft dafür zu übernehmen, ob der Generalstreik wegen seiner wirtschaftlichen Zerschneidigkeit im einzelnen Fall angewendet werden soll oder nicht.

Die unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen im Innern lassen sich ihrer Größe nach noch nicht überschauen. Soviel aber ist gewiß, daß die etwas freundlicheren Aussichten für die Kohlenversorgung Südwestdeutschlands sich nicht verwirklichen werden. Meldungen, die den Fortgang der Kohlenproduktion trotz der Kämpfe im Ruhrgebiet behaupten, sind wenig glaubhaft, weil man sich nicht vorstellen kann, wie in politisch hocherregten Zeiten eine gute Arbeitsleistung verwirklicht werden soll. Auch sonst sind die Störungen der Wirtschaft recht empfindlich. Hervorgehoben sei nur die Unterbindung des Verkehrsweens durch die Uebertreibung des Streiks der an lebenswichtigen Betrieben nicht halt machte. Auch das Postwesen und das Telefonwesen ist bis heute noch nicht wieder voll flott gemacht und ähnlich ist es in vielen anderen Dingen. Ueberall Lahmlegung und Behinderung.

Im Verhältnis zum Ausland sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der Lage etwa folgende: Man war dort von dem Kapp-Putsch wohl überrascht, übte aber zunächst Zurückhaltung, die wirtschaftlich ein Abwarten bedeutete. Der Glaube, daß der Weg zu wirtschaftlicher Gesundung Deutschlands dadurch verschüttet würde, war zunächst nicht begründet. Die Schwarzmalerei der linken Presse war daher durchsichtig. Nachdem dann der Kapp-Putsch von den links-radikalen Triebkräften abgelehnt war, hat das Ausland aber gleichfalls abwartende Besonnenheit gezeigt. Die Wechselkurse unterlagen z. B. wohl manchen Schwankungen, sie waren aber nicht wesentlicher Art und die Kurse selbst ohne bedeutendere Verschlechterung. Von den Tiefständen, die die Mark schon erlebt hatte, war man beachtlich entfernt. Hieraus ist zu entnehmen, daß man dafür überhaupt nur geringes Interesse hat, ob am gerechlichen deutschen Wirtschaftskarren noch ein paar Radspiechen kaputt gehen oder nicht. Die Lage war ohnehin nicht günstig, die Zügelführung in der Wirtschaft nicht viel wert, so daß man am klügsten tat, eben die weitere Entwicklung abzuwarten. In dieser Richtung bewegten sich auch andere Dinge. Von Schritten, die eine praktische Verwirklichung des wirtschaftlichen Manifestes der Entente bedeuten würden, hört man nichts mehr.

Dafür wurde gemeldet, daß die Vereinigten Staaten einen Kredit von 1 Milliarde Dollar in Form von Baumwolle und Lebensmitteln geben wollen. Der ganze Stand der internationalen Wirtschaftsverständigung läßt jedoch erkennen, daß man über die Vorschläge und Pläne nicht hinauskommen scheint. Angesichts dieser Lage scheint es notwendiger denn je, einmal dem Revolutionsbakterium im Innern energisch zu Leibe zu gehen. Das Heilmittel dagegen ist die Arbeit, denn wenn alle wirklich leisten, was sie können, dann wird bald keine Zeit mehr zu nutzlosem Politisieren sein.

Daß unsere Währung einem allmählichen Sterben entgegengeht, wurde schon öfters ausgeführt. Neuerdings aber macht sich die Mode immer mehr breit, daß man in Deutschland die Verwendung der gesetzlichen Zahlungsmittel überhaupt mehr und mehr ausschaltet. Wir haben auf das Vorgehen in der Eisenindustrie hingewiesen, die teilweise Bezahlung in Auslandsgeld für ihre Lieferungen verlangt. Nun liegt eine Beschwerde der Kalandindustrie hierzu vor. Uns will es dünken, daß das Verlangen nach Zahlung in Auslandnoten nur dazu beitragen kann, das Ausland in einer geringen Einschätzung unserer Papiermark zu bestärken. Wir alle haben aber das Interesse, alles zu tun, um das Vertrauen zu heben. In dieser Richtung liegt aber die Unterlassung jeder nicht unbedingt nötigen Nachfrage nach Auslandsgeld, das den Stand der Mark wieder drücken würde. Zugleich ist aber damit klar erwiesen, daß wir endlich Schlüsse machen müssen mit jeder weiteren Inflation durch neues Papiergeld. Hoffen wir, daß der neue Reichsfinanzminister sich zu dieser ersten Tat in Bälde aufschwingen möge.

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 26. März. (Drahtb.) Der heutige Börsenverkehr nahm einen regen Verlauf. Die Geschäftstätigkeit beschränkte sich in der Hauptsache auf Auslands- und Kolonialpapiere. Hier war die Tendenz sehr fest bei durchweg anziehenden Kursen. Spekulative Käufe führten zur Erholung der Otavi-Minen und -Genußscheine. Auch Neu-Guinea lagen fest. Kolonialanteile wurden bis 11.700, Pomona 15.300, Südwest, leere 2550, deagl. volle bis 2600 gehandelt. Südsee 4000-4030 umgesetzt, Canada 1375-1400. Desgleichen blieb im freien Verkehr Mansfelder Kuxe 2000-2025 gefragt. Julius Siebel 2000, Ludwig Gans 410. Kolmanskop streiften den Kurs von 700. South-West ca. 30% höher. Deutsch-Uebersee-Elektrische stiegen auf 1430, +110%. Schantungbahn anziehend. Auch erhielt sich lebhaftes Interesse für Schiffahrtsaktien. Petroleumaktien blieben bei regem Verkehr fest. Deutsche Petroleum stiegen ca. 30%. Steaua Romana 1310 genannt. Montanpapiere verbesserten vereinzelt den Kurs, so u. a. Harpener, Deutsch-Luxemburger, während Gelsenkirchener 4% einbüßten. Adler Kleyer, welche ausschließlich Bezugsrecht notierten, gingen 267 um. Daimler bis 370 Geld gefragt. Auch Benz waren höher. Ferner lagen chemische Aktien unter Bevorzugung von Badische Anilin, Farbwerke Höchst, Elektro Griesheim, Farbwerke Mühlheim, Elektro Felten u. Guillemeu setzten ihre Aufwärtsbewegung fort. 527. Auch A. E. G., Licht u. Kraft und Schuckert blieben gesucht. Kassaindustriepapiere bewahrten günstige Stimmung. Es standen u. a. Spinnerrei Ettlingen, Branerei Sinner und ver-

schiedene Maschinenfabriken bei erhöhten Kursen in Nachfrage. Heimische Anleihen lagen ruhig, aber fest. Mexikaner durchweg höher und auf Deckungen lebhaft gesucht. Anatoische Prioritäten anziehend. Die Börse schloß allgemein fest. Auslandspapiere schwankend. Morgen, Samstag, den 27. d. Mts. bleibt die Börse geschlossen.

Kurse der Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte.		Bank- und Industriepapiere.	
25	26	25	26
a) Mannheimer.			
100/100	100/100	100/100	100/100
b) Deutsche.			
100/100	100/100	100/100	100/100
c) Ausländische.			
100/100	100/100	100/100	100/100

Bank- und Industriepapiere.		Frankfurter Devisenmarkt vom 26. März.	
25	26	Gold	Brief
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100

Frankfurter Devisenmarkt vom 26. März.		Kurse der Berliner Börse.	
Gold	Brief	25	26
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100

Kurse der Berliner Börse.		Bank- und Industriepapiere.	
25	26	25	26
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100

Bank- und Industriepapiere.		Valutapapiere.	
25	26	25	26
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100

Valutapapiere.		Amtliche Devisenkurse.	
25	26	12	26
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100

Amtliche Devisenkurse.		Frankfurter Notenmarkt.	
12	26	25	26
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100

Frankfurter Notenmarkt.		Frankfurter Devisenmarkt vom 26. März.	
25	26	Gold	Brief
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100
100/100	100/100	100/100	100/100

Frankfurt, 26. März. (Eig. Drahtb.) Notenmarkt. Amerikanische Noten 73.15-73.35, englische 267.65-268.35, französische 523.25-526.25, holländische 2743.50-2746.50, öster-

reichische, abgest. 34.45-34.55, österreichische, alte, 26.45 bis 26.55, rumänische 116.75-117.25, schweizerische 1277.50 bis 1282.50, tschecho-slowakische 94.7-95.25.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 26. März. Die Börse war heute allgemein recht fest, das Geschäft aber nur anfangs lebhafter. Später trat nach Bekanntwerden des Rücktritts des gesamten Kabinetts die Zurückhaltung stärker hervor, ohne daß hierdurch die feste Grundstimmung merkbar beeinflusst wurde. Die führenden Rolle spielten wieder Kolonialwerte, von denen Neu-Guinea, Otavi und Pomona neue starke Kurssteigerungen aufwiesen. Deutsch-Uebersee-Elektrische waren gleichfalls um 100% gesteigert, ebenso Petroleumwerte unter Bevorzugung von Deutsch-Erdöl und Deutsche Petroleumaktien mit Ausnahme von Steaua Romana. Veranlaßt durch ein Nachgeben des Marktkurses im Ausland, zeigten die ausländischen Devisenkurse anfangs Neigung zum Anziehen, was den Anstoß zu einer kräftigen Erholung der Valutapapiere, besonders von Canada und Mexikanern gab. Schiffahrtswerte waren nach der gestrigen Hausse mit Ausnahme der auf Abschluß um 50% höheren Argo nur knapp preishaltend, wogegen sich in Montanwerten die Steigerung der ober-schlesischen Papiere festsetzte. Gleichzeitig trat eine wesentliche Erholung der Bochumer, Mannesmann, Rhein. Stahl, Phönix und Harpener, Farb- und chemische Aktien setzten die gestern begonnene Aufwärtsbewegung, allerdings in mäßigerem Tempo, fort. Kalkantien waren befestigt. Bankaktien hielten ihre gestrige Steigerung mit wenigen Ausnahmen aufrecht. Heimische Rentenwerte waren nicht ganz preishaltend. Oesterreichisch-ungarische Renten lagen fest.

Neueste Drahtberichte.

Erhöhte Dividende der Norddeutschen Bank in Hamburg. Berlin, 26. März. (Eig. Drahtb.) Für 1919 ergibt sich ein Bruttogewinn von 13.464.254 M. (1918: 10.835.804 M.). Nach Abzug der Verwaltungskosten von M. 5.194.429 und nach Steuern von 1.455.195 M. verbleibt ein Reingewinn von 6.814.630 M. (im Jahre 1918: 7.350.574 M.). Auf das 60 Mill. M. betragende Aktienkapital wird eine Dividende von 10% gegen 8 i. V. verteilt.

Deutsche Kaffeekäufe in Rio de Janeiro.

Berlin, 26. März. (Eig. Drahtb.) Vertreter von großen Hamburger Kaffeefirmen sind in Rio de Janeiro angekommen, die beabsichtigen, aus Regierungslagern des Staates St. Paulo, die aus 2.940.000 Sack in Santos und 97.000 Sack in Rio bestehen, große Mengen zu erwerben. Eine Gruppe von brasilianischen Kapitalisten hat sich bereit erklärt, die deutschen Vorschläge zu unterstützen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, die brasilianische Regierung soll jedoch den deutschen Vorschlägen wohlwollend gegenüberstehen.

Börsentage für Leder.

München, 25. März. (Drahtb.) Der Bund der bayerischen Lederwirtschaft veranstaltet am 16. April 1920, nachmittags in den Räumen der Handelskammer zu Nürnberg eine Zusammenkunft seiner Mitglieder, um diesen Gelegenheit zu geben, ihre Anschauungen auszutauschen und Geschäftsabschlüsse zu betätigen. Falls sich die Einrichtung bewährt, sollen in ähnlicher Weise wie in Stuttgart, jeweils am Tage nach den Hautauktionen in München und Nürnberg Börsentage der Interessenten der Häute und Lederwirtschaft stattfinden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Mannheimer Börse.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Generalversammlung der Mitglieder der Mannheimer Börse am Montag, den 29. März 1920, vormittags 10.30 Uhr und die Neuwahl des Vorstandes für die Produktenbörse ebendasselbe um 11.30 Uhr stattfindet.

Arenbergische A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Essen. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1919, das im ersten Jahresdrittel, wie bei der letzten außerordentlichen Generalversammlung vom 10. September v. J. (Anschluß der Gewerkschaft Arenberg Fortsetzung an die Rheinischen Stahlwerke, A.-G.) mitgeteilt wurde, mit einem sehr namhaften Verluste abschloß, hat sich bis zum Jahresabschluss soweit gebessert, daß wieder die Ausschüttung einer Dividende von 15% möglich ist. Der Betrieb der Gewerkschaft Arenberg Fortsetzung geht seit Beginn des Berichtsjahres für Rechnung der Rheinischen Stahlwerke ab und wird einstweilen unter Mitwirkung der Arenbergischen A.-G. geführt. Die Jahresförderleistung je Kopf der Belegschaft ging auf 216 t zurück (302 t bzw. 308 t). Die Beteiligung bei der Gesellschaft für Teerverwertung habe auch im abgelaufenen Jahre wieder zufriedenstellend gearbeitet. Der Reingewinn beträgt 2.372 Mill. M. (2,33 Mill. M.). Die Generalversammlung am 30. März soll auch über die Erhöhung des zurzeit 14.000.000 M. betragenden Aktienkapitals um 7.000.000 M. Stammaktien und 1.000.000 M. Vorzugsaktien beschließen.

Wicking'sche Portland-Cement- u. Wasserkalkwerke in Münster.

Nach dem Bericht für das Geschäftsjahr 1919 sind die Absatz-Verhältnisse im Laufe des Jahres 1919 erfreulicherweise bessere geworden. Nach Abschreibungen von 1.952.312 M. (im Vorjahr 1.428.641 M.) ergibt sich ein Reingewinn von 2.144.824 (1.063.402 M.). Aus diesen sollen 12% Dividende 70 M. Sondervergütung aus Nebenbetrieben in den beiden Vorjahren 12%, davor viermal 0% verteilt, 212.252 M. (87.506 M.) Gewinnanteile gezahlt und 60.874 M. (66.606 M.) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Gegen Schluß des Jahres wurde die Gruppe durch Abschluß einer Interessengemeinschaft mit den Dürener Portland-Zementwerken in Düren erweitert. Dieser folgte im Anfang des Jahres 1920 der Abschluß der Interessengemeinschaft mit den Neubeckumer Portland-Cement- und Wasserkalkwerken Zollern, A.-G. zu Neubeckum. Die Beteiligung beim rheinisch-westfälischen Zementverband steigt damit auf rund 28% der Gesamt-Beteiligungen.

Mündener Schleppschiffahrts-Gesellschaft. Die Generalversammlung beschloß für das Geschäftsjahr 1919 20% (i. V. 15%) Dividende zu verteilen.

Portland-Cementwerk Diesdesh'm-Neckarelz. Am 22. März fand eine Ansetzung von 5% Obligationen vom Mai 1914 statt. Die Heimzahlung erfolgt zu 102%, die ausgelosten Nummern sowie die Einlösungstellen werden an anderer Stelle bekannt gemacht, worauf hiermit verwiesen sei.

Konsum- und Sparverein Friedrichshafen und Umgebung e. G. m. b. H. Man teilt uns mit, daß infolge Uebereinkunft vom 1. April d. J. ab die beiden Firmen: Konsumanstalt der Zeppelin-Wohlfahrt e. G. m. b. H., Friedrichshafen, und Konsumverein Friedrichshafen e. G. m. b. H., Friedrichshafen, verschmolzen werden. Das neue Unternehmen wird in unveränderter Weise weitergeführt. Der bisherige Leiter der Konsumanstalt der Z. W. Georg Mülller wird auch mit der Geschäftsführung des Konsum- und Sparvereins Friedrichshafen und Umgebung e. G. m. b. H. betraut.

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes über Steuernachfrist vom 1. Januar 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 45) vom 24. Februar 1920.

Wer Vermögen oder Einkommen, das zu einer öffentlichen Abgabe hätte veranlagt werden müssen, bisher nicht angegeben hat und deswegen ortsweise Steuern wegen Steuerhinterziehung, sowie Verfall des verbleibenden Vermögens gemäß dem Gesetz über Steuernachfrist abgeben will, wird aufgefordert, das bisher nicht angegebene Vermögen und Einkommen

spätestens bis zum 15. April 1920 bei dem zuständigen Steueramt anzugeben; dabei sind Vor- und Zunahme, Stand, Betrag oder Gewerbe nebst Wohnort und Wohnung oder Firma und Ort genau zu bezeichnen. Die Angabe befreit den Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerhinterziehung, die sich auf das nachträglich angegebene Vermögen oder Einkommen beziehen, Nachforderungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1915 sind ausgeschlossen.

Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotpapier vorzüglich vertrieben ist, verfallt kraft Gesetzes dem Reich. Unrichtige Angaben, die sich etwa noch in der Steuererklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs finden, müssen daher unerschrocken und jedenfalls so zeitig berichtigt werden, daß die Angabe noch bei der Veranlagung zu der Steuer berücksichtigt werden kann. Berlin, den 24. Februar 1920.

Der Reichsminister der Finanzen. Die Angaben werden grundsätzlich bei dem Steueramt gemacht, für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zulässig ist. Sie können mit der Steuererklärung für diese Abgabe verbunden oder als Nachtrag hierzu innerhalb der obigen Frist eingereicht werden. Der Steueramt für den Bezirk Mannheim und Heidelberg - Saarb. 4152

Maß- und Klauenmaße in Redarhäusern betr. Nachdem in dem Gehöft des Landrats Ludwig Quintel, Hauptstraße 25 in Redarhäusern die Maß- und Klauenmaße ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

A. Sperrbezirk. Das Gehöft des Quintel bildet einen Sperrbezirk I. S. der §§ 161 ff. der Ausführungsverordnungen des Bundesrats zum Reichsgesetz vom 24. September 1917 folgende Bestimmung:

B. Beobachtungsgebiet. Das Gehöft des Quintel (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsverordnungen zum Reichsgesetz vom 24. September 1917 gebildet.

13. Mährisches Bezirksamt - Abteilung III.

Bekanntmachung. Mit Zustimmung des Stadtrats und mit Zustimmung der Verwaltung des Bundesrats hier vom 2. März 1920 Nr. 2530 erhält § 12 Abs. 3 der Verkehrs- und Betriebsordnung für die Kaiserliche Eisenbahn, die Oberhessische Eisenbahngesellschaft und die Rheinhardtbahn vom 22. Mai 1910 unter Aufhebung der ersatzpolizeilichen Vorschriften vom 24. September 1917 folgende Bestimmung:

§ 12 Abs. 3. Auf Befehl des Dienstpersonals sind die Reisenden auch während der Fahrt vorzuziehen. Personen, welche im Wagen ohne gültiges Reisebuch reisen, haben ohne Rücksicht auf die Länge der von ihnen befahrenen Strecke den Betrag von fünf Mark zu entrichten.

Die Strafverfolgung wegen Fahrgeldhinterziehung wird dadurch nicht berührt. Mannheim, den 12. März 1920. Bezirksamt - Polizeidirektion.

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Wetroleum. Gegen Vorenthaltung der Marken 20 und 21 der goldenen Karte je 1/4 Liter = 1 Liter. Gegen Vorenthaltung der Marke Nr. 10 der goldenen Karte = 1/4 Liter in den durch Bekanntmachung bezeichneten Verkaufsstellen. Die vorhergehenden Markennummern sind verfallen. Stadt. Petroleumverteilungsbüro.

Sonntag, den 27. März 1920, vormittags 10 Uhr vorpöhlen wir im Büro Sülzinger 49 nachverzeichnete Grundstücke:

Table with 2 columns: No. and Name. Includes entries like 1766, 37, Sandgemann 2223 qm, 1767, 37, 2177, 1768, 37, 1653, 1858, 76, 1919, 1858, 11, 1823, 7166, 32, Gemann 1777, 7167, 32, 1754, 7168, 32, 1968, 1688, 73, Sandgemann 1062, 1440, 65, 32503.

Das in der Ordnung begriffene 4002

G. m. b. H.

mit reichen Rohstoffbeständen und eigenem Patenten sucht nach Interessenten

Wegen Aufhebung eines gemischten Warengeschäftes werden in den nächsten 8 Tagen verkauft: Bettuch-, Kleider-, Blusen-, u. Schürzenstoffe, bunte Bettbezüge, getrag. Herrenhemden, Gr. 44 Terrassenstator, Bleyle-Anzüge für Knaben von 2-5 Jahren

Alles prima Qualität L 13, 24, pt.

Schneiderei "Blitz" Spezialität: Wenden- und Anzüge Paletots, Hosen usw. F 2, 4a Tel. 3809 F 2, 4a

Bilanz per 31. Dezember 1919.

Balance sheet table with Aktiva (Assets) and Passiva (Liabilities) columns. Aktiva total: 731,599,455,36. Passiva total: 731,599,455,36.

Gewinn- und Verlust-Konto 1919.

Profit and Loss account table with Soll (Debit) and Haben (Credit) columns. Soll total: 34,773,306,23. Haben total: 34,773,306,23.

Die auf 9 % festgesetzte Dividende gelangt von jetzt ab gegen Einlieferung des Gewinnmanteilscheines Nr. 27 mit Nr. 64 - für die Aktien zu M. 600.- und mit Nr. 106 - für die Aktien zu M. 1200.- zur Auszahlung. 633

Rheinische Hypothekenbank.

Neckarsulmer Fahrzeugwerke Akt.-Ges. Neckarsulm, Wittbg.

Die Aktionäre der Neckarsulmer Fahrzeugwerke A.-G. in Neckarsulm haben in der außerordentlichen Generalversammlung vom 9. März 1920 beschlossen das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe von 4800 neuen vom 1. Oktober 1919 ab gewinnberechtigten Stammaktien von je nom. M. 1000.- und von 400 6% Vorzugsaktien mit erhöhtem Stimmrecht von je M. 1000.- unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre auf M. 10.000.000.- zu erhöhen.

Die neuen Stammaktien sind von einem Banken-Konsortium mit der Verpflichtung übernommen, sie den Inhabern der alten Aktien zum Kurse von 110% (Schlußnotenstempel zu Lasten unserer Firma) derart zum Bezug anzubieten, daß auf je eine alte Aktie von nom. M. 1000.-, eine neue Aktie von nom. M. 1000.- bezogen werden kann. Bei Ausübung des Bezugsrechts sind 50% des Nominalbetrags sowie das Aufgeld von 10% spätestens bis 31. März 1920, der Rest von 50% des Nominalbetrags aber bis spätestens 30. September 1920 einzuzahlen.

Wir fordern hiermit unsere Aktionäre auf, ihr Bezugsrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben:

- 1. Das Bezugsrecht ist bei Vermeidung des Ausschlusses bis 31. März 1920 einschließlich bei dem Bankhaus Rümelin & Co., Heilbronn, der Südd. Disconto-Gesellschaft A.-G., Mannheim und der Handels- und Gewerbebank Heilbronn A.-G., Heilbronn während der bei diesen Stellen üblichen Geschäftsstunden auszuüben. Die Ausübung des Bezugsrechts ist provisorisch, sofern die alten Aktien nach der Nummerfolge geordnet, ohne Dividendenscheinbogen, mit einem doppelt ausgefertigten Nummernverzeichnis, am Schalter zur Abstempelung eingereicht werden. Formulare sind bei den Anmeldestellen erhältlich. Erfolgt die Ausübung des Bezugsrechts im Wege der Korrespondenz, wird die Bezugsstelle die übliche Bezugsprovision in Anrechnung bringen. 2. Bei Geltendmachung des Bezugsrechts sind für jede bezogene Aktie 50% des Nennwerts, sowie das Aufgeld von 10% (Schlußnotenstempel zu Lasten unserer Firma) zu entrichten. Die restlichen 50% des Nennbetrags sind bis spätestens 30. September 1920 bei derjenigen Bezugsstelle, bei der das Bezugsrecht ausgeübt worden ist, einzuzahlen; erfolgen diese Einzahlungen nach Ablauf der Zahlungsfrist, so sind 5% Zinsen, vom Tage des Ablaufs der Frist an gerechnet, zu entrichten. 3. Ueber die geleistete Einzahlung wird auf dem Anmelde-schein Quittung erteilt. Die Aktienurkunden, für die das Bezugsrecht ausgeübt wird, werden abgestempelt zurückgegeben. Wegen des Zeitpunktes der Ausgabe der neuen Aktienurkunden, die später gegen Rückgabe der Anmelde-quittung erfolgt, wird noch eine besondere Bekannt-machung erlassen. 4. Die Vermittlung des An- und Verkaufs von Bezugsrechten übernehmen die Bezugsstellen. 3650

Neckarsulmer Fahrzeugwerke A.-G. G. Schwarz. Gehr.

Bei der heute notariell vorgenommenen zweiten ordentlichen Verlosung unserer 5%igen Teilschuldverschreibungen vom Mai 1914 sind folgende Nummern zur Rückzahlung auf den 1. Juli 1920 gezogen worden:

22 Stücke à M. 1000.-: Nr. 62, 223, 319, 369, 413, 451, 452, 464, 513, 536, 553, 565, 623, 624, 795, 809, 818, 819, 845, 885, 893, 985.

Die Heijnzahlung dieser Stücke erfolgt zu 102% gegen Einlieferung der Originaltitelschuldverschreibungen mit Coupons per 31. Dezember 1920 und II. bei folgenden Einlösungsstellen:

Bass & Herz, Frankfurt a. M. Rhein. Creditbank, Mannheim, sowie an unserer Kasse.

Vom 1. Juli 1920 ab hört die Verzinsung der ausgetretenen Stücke auf. Rückständig und bisher nicht eingelöst ist die Nummer 601 gelost per 1. Juli 1920.

Diedesheim-Neckarelz, den 22. März 1920.

Portland-Cementwerk Diedesheim-Neckarelz Aktiengesellschaft.

Advertisement for 'Berechtigtes Aufsehen!!' featuring the book 'Alt, Fundamentum' by Verlag F. Neunicht, Mannheim. The ad describes the book as a 'Weltanschauung eines Deutschen nach dem großen Kriege' and lists various bookshops where it is available.

Advertisement for 'Neue Modelle' (New Models) in paper, featuring 'Ullstein-Schnittmustern' (Ullstein Cutting Patterns) available at S. Wronker & Co. Mannheim. The ad includes an illustration of a woman and a child.

Advertisement for 'Planino der Flügel' (Piano of the Wings) and 'Schreibmaschine' (Typewriter) by Fichten- u. Buchenblochware. It also mentions 'Kanal-Reinigungs-Institut' (Sewer Cleaning Institute) in Mannheim.

Advertisement for 'Lebensversicherungs-Gesellschaft „Phönix“' (Life Insurance Company 'Phoenix'). It offers life, pension, and child insurance, and mentions a sub-director K. Th. Balz in Mannheim.

Advertisement for 'Brennholz' (Firewood) by Grohe, Holzhandlung, Alpbachstraße 46, Mannheim. It offers various types of wood and has an 'Annahmestellen gesucht' (Looking for acceptance points) notice.

Advertisement for 'Kind' (Child) by G. Block, Kirchheim-Teck. It features 'Briefmarken' (Postcards) and 'Telephon-Nummer' (Telephone Number) information.

Advertisement for 'Violin-Unterricht' (Violin Lessons) by G. Block, Kirchheim-Teck. It mentions 'Deutscher Schäferhund' (German Shepherd Dog) and 'entlaufen' (lost).

Advertisement for 'Anerkannt raschen und sicheren Erfolg' (Recognized rapid and secure success) for 'Mannheimer General-Anzeiger' (Mannheim General Advertiser).